

**Wirtschafts- und Finanzkrise:
Ist der Kapitalismus am Ende?**

Ein Essay von Peter Zudeick

Autor:

Vom Ende des Kapitalismus ist derzeit viel die Rede. Die großen Tages- und Wochenzeitungen – selbst die FAZ – lassen es sich nicht nehmen, gleich ganze Serien zu diesem Thema aufzulegen. Natürlich ist der Grundton durchweg besorgt. Von freudiger Erwartung kann eher nicht die Rede sein. Aber dass überhaupt über Kapitalismus geredet wird, ist schon bemerkenswert, dass. Denn noch vor ein paar Jahren war der Begriff „Kapitalismus“ durchaus verpönt. Wer nicht mindestens „Marktwirtschaft“, besser noch „soziale Marktwirtschaft“ sagte, war im öffentlichen Diskurs grundsätzlich verdächtig. Verdächtig, Systemkritiker zu sein. Und das ist hierzulande eigentlich strikt verboten. Denn die herrschende Meinung – Arbeitgeber-Funktionäre, Ökonomen, Politiker, willfähigen Journalisten – hat es in den sechs Jahrzehnten Bundesrepublik vermocht, Demokratie und Wirtschaftssystem als nahezu identisch zu definieren. Wer dagegen argumentiert, wird schnell zum Verfassungsfeind erklärt.

Sprecherin:

Da hat sich etwas geändert. Allenthalben hören und lesen wir, dass die gegenwärtige Krise auch eine Krise des Kapitalismus sei. Die schwerste Krise seit der großen Depression 1929 oder seit der noch größeren Depression 1873, die immerhin über zwanzig Jahre dauerte. Und hin und wieder erschallt auch ganz mutig der Ruf nach dem Ende des Kapitalismus oder zumindest dem „Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“. So der Titel eines Buches von Elmar Altvater. Einig ist man sich vor allem darin, dass der Turbokapitalismus, wahlweise der US-Turbokapitalismus, am Ende sei.

Autor:

Damit's nicht schlimmer wird, werden überall Staatsprogramme aufgelegt, weil ja alle möglichen Länder in die Krise verwickelt und von deren Folgen betroffen sind. Und das heißt am Ende: Die großen Banken, vor allem die Investmentbanken, werden von den Regierungen in Washington, London und Berlin und von der Europäischen Union in Brüssel aus dem Schlamassel gerettet. Die Zeche bezahlen dabei auch diejenigen, die an der Party gar nicht beteiligt waren.

Sprecherin:

Angesichts dieser Entwicklung wurde sogar Peer Steinbrück böse. „Ein maßloser Kapitalismus, wie wir ihn hier erlebt haben mit all seiner Gier, frisst sich am Ende selbst auf“, schimpfte der Bundesfinanzminister Ende September 2008 wörtlich. Und fand sogar ein bisschen Gefallen an Karl Marx. Generell müsse man wohl sagen, dass gewisse Teile der marxistischen Theorie nicht so verkehrt seien. Diese neue Liebe zu Karl Marx hat seit einiger Zeit Konjunktur.

Autor:

Der Dietz-Verlag berichtet von einem ausgesprochenen Run auf das „Kapital“. Was nicht viel heißen muss, da es auch sein kann, dass allerlei Zeitgeist-Surfer nur die Lücken in ihren Bücherregalen wieder schließen wollen, die entstanden sind, als sie nach dem Endsieg des Kapitalismus die blauen Bände auf den Müll geworfen haben. Aber man hört auch anderes. Nämlich von Kapital-Lesegruppen, in denen wie in den alten Zeiten – den Sechzigern und Siebzigern – meist junge Menschen zusammenkommen, um Marx zu verstehen.

Zitator:

„In einer Zeit, in der die Triumphgesänge eines revitalisierten Kapitalismus nicht enden wollen, funktioniert zum ersten Mal in der Geschichte das Kapital weitgehend frei von irgendwelchen Beißhemmungen und Einschränkungen, so wie Marx es in seinem Kapital beschrieben hat.“

Autor:

Das erklärte Oskar Negt schon in seiner Hannoveraner Abschiedsvorlesung 2003, und es gilt für die Jahre danach erst recht und verschärft. Marx schreibt:

Zitator:

„Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital wach, 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; 100 Prozent, es stampft alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Autor:

Der Kapitalismus stecke voller Widersprüche, sagt Marx, er produziere sie unentwegt neu. Das Prinzip der Profitmaximierung zwingt den

Produzenten dazu, kostengünstig zu produzieren, also die Löhne niedrig zu halten. Gleichzeitig benötigt er Konsumenten für seine Waren, also Kaufkraft. Wir können die praktischen Auswirkungen dieses Widerspruchs täglich besichtigen. Am meisten entzückt sind die neuen Marx-Entdecker von der präzisen Beschreibung der Globalisierung, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest abgeliefert haben.

Zitator:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploration des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen.“

Autor:

Das schreiben Marx und Engels 1848. Und sie fahren fort:

Zitator:

„Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

Sprecherin:

Was damals noch eher erahnt als analysiert werden konnte, ist heute Wirklichkeit. Dabei geht es Marx gar nicht in erster Linie darum, den bösen Kapitalismus zu entlarven, erst recht nicht den bösen Kapitalisten. Der gute oder böse Wille des einzelnen Kapitalisten hat ihn wenig interessiert, Raffgier war nicht sein Thema. Sehr wohl aber das System, das Raffgier anstachelt und belohnt. Insofern wird sogar der Ökonomie-Professor Hans-Werner Sinn zu einem „Marxisten“, wenn er sagt, dass nicht die Manager für den großen Krach verantwortlich zu machen seien, denn diese hätten sich innerhalb des Systems nach bestehenden Gesetzen und Regeln verhalten und im Interesse ihrer Akti-

onäre an zu große Risiken herangewagt. Freilich kommt er nicht auf die Idee, einen kleinen Schritt weiterzugehen und sich auch mal Gedanken über Sinn und Unsinn des Systems zu machen. Denn der in Deutschland – bei Politikern und vor allem in vielen Medien – als Oberexperte für Wirtschaft gehandelte Professor Sinn ist wie viele Ökonomen in erster Linie Gläubiger und kein Wissenschaftler. Der Kapitalismus mag für ihn nicht gottgegeben sein, aber er glaubt an seine angebliche Naturgesetzmäßigkeit. Als es Franz Müntefering einfiel, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds als Heuschrecken zu bezeichnen, da erklärte Professor Sinn, genauso gut könne man gegen die Schwerkraft argumentieren.

Autor:

Trotz aller Antikapitalismus-Girlanden und Marx-Konjunktur: Viele Politiker und viele Ökonomen weigern sich standhaft, von einer Krise des Kapitalismus zu sprechen. Das Verhalten mancher Eliten habe in den Schlamassel geführt, also die Gier sei schuld, nicht das System. Nein, meine Damen und Herren: Es ist das System, das die grenzenlose Gier möglich macht und ermutigt!

Sprecherin:

An dieser Erkenntnis mogeln sich deutsche Politiker gern vorbei mit dem Argument, dass wir mit dem „Mittelweg“ der sozialen Marktwirtschaft doch ganz gut gefahren seien, dass eben der US-amerikanische Turbokapitalismus der Auswuchs gewesen sei, den es jetzt zu begrenzen gelte. Und die meisten Ökonomen nebst einigen begleitenden Journalisten wollen nicht einsehen, warum diese Krise des Kapitalismus nun etwas Besonderes sein soll, etwas Neues, gar Einmaliges. Die Krise, so hören wir, sei nicht die Ausnahme, sondern die Normalität im Kapitalismus. Joseph Schumpeter, der österreichische Sozialwissenschaftler, gab dieser Erkenntnis eine positive Wendung mit seiner These von der „schöpferischen Zerstörung“.

Autor:

Danach revolutioniert der Kapitalismus die Wirtschaftsstruktur unaufrührerlich dadurch, dass er Altes zerstört und Neues schafft. Auch das klingt eher nach genauer Lektüre von Marx als nach originärem Denken. Die Pointe Schumpeters: Das Ganze nimmt kein böses Ende wie bei Marx, sondern ist ein ewiger Jungbrunnen. Der Kapitalismus kann gar nicht untergehen, er ist auf Ewigkeit angelegt. Zumindest prinzipiell. Auch Schumpeter hat nicht wirklich daran geglaubt, dass der Kapitalismus überleben wird.

Sprecherin:

„Glaube an mich, und dir wird es besser gehen“, lautet die Verheißung des Kapitalismus. Das hat trotz der Krisen immer wieder funktioniert.

Zitator:

„Alles, was er anfasst, verwandelt sich von selbst zu einem Versprechen, zu einer Art Goldtopf am Fuße eines Regenbogens, der bekanntlich mit dem Regenbogen selbst immer weiterwandert“,

Sprecherin:

..tröstet uns die Süddeutsche Zeitung. Und weiter:

Zitator:

„Es kann nicht anders sein: Das Scheitern, in mehr oder minder regelmäßigen Abständen, ist in diesem Verfahren inbegriffen. Die Krise ist nur der sichtbarste Ausdruck für die Normalität des Systems.“

Sprecherin:

Dieser Trost funktioniert über die engere kapitalistische Glaubensgemeinschaft hinaus freilich nur, solange der „Fahrstuhl-Effekt“ funktioniert. Krisen und regelmäßiges Auf und Ab und soziale Unterschiede und Ungerechtigkeiten werden hingenommen, solange es prinzipiell immer nach oben geht im Fahrstuhl des allgemeinen Wohlstands. Immer nach dem beliebten Börsenmotto: „Die steigende Flut hebt alle Schiffe.“ Bloß: Damit ist es vorbei, die Schiffe sind gekentert, die Menschen ertrinken. Und das kann auch den Liebhabern des Kapitalismus nicht entgangen sein.

Autor:

Die trösten sich mit der alten Regel, dass der Kapitalismus sich von Krise zu Krise hangelt und dass auf jede Krise ein Boom folgt. Die Kapitaleigner sitzen schon in den Startlöchern, um die nächste Rallye zu beginnen. Man könnte auf neue Finanzprodukte setzen oder zur Abwechslung mal wieder auf Rohstoffe. Öl und Gas sind zwar ein bisschen out, aber Biomasse ist schwer im Kommen. Emissionszertifikate für CO² versprechen hohe Renditen. Es gibt immer etwas, worauf gewettet und womit gezockt werden kann -wenn sich nichts grundlegend ändert.

Sprecherin:

Und dass sich nichts grundlegend ändert, daran haben nicht nur die Akteure ein Interesse, sondern auch viele Politiker, die genau das tun, was manche Journalisten ihnen raten: helfen, stützen, retten, was zu retten ist, damit der Betrieb anschließend weitergehen kann wie vor-

her. Es herrsche finanzpolitisches Kriegsrecht, schreibt Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor der Züricher Weltwoche. Zitat:

Zitator:

„Im Ausnahmezustand muss der Staat manchmal die Ordnung außer Kraft setzen, um sie zu retten. Die zeitweilige Rückkehr zur Planwirtschaft ist notwendig zur Behebung der Vertrauenskrise. Wenn niemand mehr den Banken Geld geben will, muss der Staat als Stütze wirken. Aber, das ist entscheidend, nur auf Zeit.“

Autor:

Er könnte auf fatale Weise Recht behalten. Im Crash zeigt sich, dass und wie sehr die Regenten der internationalen Finanzmärkte sich die Politik und die Demokratie untertan gemacht haben. Rolf Breuer, früherer Vorstandschef der Deutschen Bank, hat einmal erklärt:

Zitator:

„Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu den Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt.“

Autor:

Diesen Satz kann man auch so lesen: Demokratie und Wahlen mögen ganz nette Angelegenheiten für Normalbürger sein, die Welt aber wird von anderen regiert, nämlich von den big shots des Finanzkapitalismus. Das hatte sich der kleine antikapitalistische Moritz zwar schon immer so vorgestellt, aber man hört es aus dem Mund der Akteure doch eher selten.

Sprecherin:

Die Politiker haben freilich sehr genau zugehört und schnell gelernt: Schon die rot-grüne Regierung, dann aber auch die große Koalition haben folgsam die Finanzmärkte liberalisiert, ganz wie Papa Breuer es ihnen aufgetragen hatte. Unsere Politiker haben – nach dem Vorbild ihrer Kollegen in Großbritannien und den USA – die Verhältnisse auf den Finanzmärkten geschaffen, die jetzt alle beklagen. Die Zulassung „innovativer Instrumente“ auf dem Finanzmarkt, die Abschaffung von Kontrollen, die Zulassung von Hedge-Fonds, die steuerliche Begünstigung von Equity-Fonds, die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen – diese ganze Liberalisierungs- und Deregulierungsorgie ist von Rot-Grün angezettelt worden. Gegen den Widerstand vieler Sozialdemokraten und einiger Grüner, denen von ihren Vortänzern dann Gefährdung des Standorts Deutschland vorgeworfen wurde.

Autor:

Das Ergebnis: Nicht die Politik kontrolliert die Finanzjongleure, sondern die Großmuftis des Geldmarkts diktieren der Politik, was zu tun ist. Immer unter der Maßgabe, dass die Fachleute sowieso besser wissen, wie Wachstum und Wohlstand zu erreichen und zu bewahren seien. Es ist also das alte Lied, das wir spätestens seit Adam Smith kennen: Lasst die Wirtschaft nur machen, und das Wohlergehen der Gemeinschaft ist gesichert. Nun haben auch die Unbedarftesten gemerkt, was für ein Spiel da gespielt wurde.

Sprecherin:

Das Merkwürdige ist ja, dass die herrschende Ökonomie des 21. Jahrhunderts immer noch auf einer Theorie des 18. Jahrhunderts fußt. Adam Smith, der schottische Moralphilosoph, gilt allgemein als Begründer der modernen Nationalökonomie. Seine Hauptthese: Alle Menschen streben nach ihrem persönlichen Glück. Mit diesem Streben sind sie von Gott ausgestattet. Indem sie das tun, wird gleichzeitig das gesellschaftliche Glück vermehrt. Und zwar wie von einer „unsichtbaren Hand“. Dass es die gibt, verdanken wir der „Vorsehung eines weisen, mächtigen und gütigen Gottes“. Hinter der Vorstellung der „unsichtbaren Hand“ steht also die Vorstellung einer gottgewollten Ordnung. In die man logischerweise nicht eingreifen darf.

Autor:

Die Theorie der „unsichtbaren Hand“ ist später, vor allem im 19. und 20. Jahrhundert, vornehmlich von der neoklassischen Wirtschaftstheorie zu einem allgemeinen Lebens- und Wirtschaftsprinzip hochstilisiert worden. Wobei an die Stelle von Gott auch die „Natur“ treten kann. Die bestehende Ordnung wird für gott- oder naturgegeben gehalten, also sind auch Wirtschaftskrisen und soziales Elend Teil des göttlichen Plans oder des natürlichen Gangs der Dinge, in den niemand eingreifen darf. Krisen sind Durchgangsstadien auf dem Weg zu dem Gleichgewicht, das Adam Smith als natürlichen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft beschrieben hatte. Alle großen Ökonomen des 18. und 19. Jahrhunderts glaubten an diese gottgewollte oder „natürliche“ Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Aufklärung ist an ihnen offenbar spurlos vorbeigegangen.

Sprecherin:

Diese Wirtschaftstheologie oder dieser Wirtschaftsnaturalismus ist bis heute Grundlage unseres Systems, wie ihn die neoklassische Lehre vertritt. Die gegenwärtigen gigantischen Rettungsaktionen des Staates mit Hunderten von Milliarden Steuergeldern, haben nur ein Ziel: Das System wieder funktionsfähig zu machen. Die Banken, die Börsen, die internati-

onale Finanzwirtschaft sollen am Ende so weitermachen können wie vorher. Sie sollen nur ein paar Regeln akzeptieren. Und das kann nicht im Interesse der Menschen sein. Wenn weiterhin die Kapitaleigner zu bestimmen haben, auch über die vielen anderen Erzeuger gesellschaftlichen Reichtums – Arbeiter, Angestellte -, dann wird das System wieder vor die Wand fahren, weil sich nichts Grundlegendes geändert hat.

Autor:

Da hilft nur eine revolutionäre Wendung des Denkens und Handelns, die eine radikale Rückwendung zur Tradition des europäischen Humanismus einschließt. Eine zentrale Aussage dieses Humanismus lautet: Der Mensch steht im Zentrum und nicht irgendein System. Kein feudales, kein klerikales, kein militärisches. Die humanistische Konsequenz für den Marktkapitalismus lautet: Auch das Marktsystem ist nicht wichtiger als der Mensch. Es kann nicht sein, dass der Mensch mit seinen „sozialromantischen“ Vorstellungen nicht in den geheimnisvollen Gang des Marktes eingreifen darf, weil dadurch angeblich alles zuschanden geht.

Sprecherin:

Das ist nämlich die Melodie, die uns von den Apologeten des herrschenden Systems immer gesungen oder gepfiffen wird: Redet nicht von Gleichheit, redet nicht von Gerechtigkeit, das hat alles mit dem Markt nichts zu tun, der kennt nur Freiheit. Und zwar die Freiheit der Marktteilnehmer, sich am Markt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Wenn das System zu viele Opfer kostet, dann darf der Staat mildernd eingreifen, aber der Gang der Dinge darf auf keinen Fall gestört werden. Das erzählen uns ja nicht nur die Funktionäre von Wirtschaftsverbänden, nicht nur Matadore des Marktliberalismus, nicht nur turboliberalen Politiker, sondern auch ganze Bataillone von Fachleuten in den Wirtschaftsredaktionen großer Zeitungen, in den meinungsbildenden Magazinen, in Rundfunk und Fernsehen.

Autor:

Das Denken muss endlich die Richtung ändern. Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Ob nun die Globalisierung den Kapitalismus um einige Millionen Umdrehungen beschleunigt hat oder nicht: Das macht ihn ja nicht schöner. Und auch die „Argumente“, ohne eine funktionierende Wirtschaft gehe es den Menschen schlecht, oder: man müsse immer erst erwirtschaften, bevor man was verteilen könne, klingen zwar sehr einleuchtend. Am Ende sind sie aber nichts weiter als Kalauer aus der Vorstandskantine. Denn sie sollen davon ablenken, dass die Menschen nicht leben, um einem Wirt-

schaftssystem zu dienen, sondern dass die Menschen wirtschaften, um ihre Lebensgrundlagen zu sichern. Und dass danach das Leben anfängt.

Sprecherin:

Wir haben in dieser Krise erfahren dürfen, was das System ist und wer es trägt. Nicht etwa Millionen Handwerker, die für Stabilität und Arbeitsplätze sorgen. Nicht etwa Millionen Arbeiter und Angestellte, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten. Die sind alle nicht „systemrelevant“. Das sind andere: Banken und Unternehmen, die sich „vom Staat“ in nichts hineinreden lassen wollen, aber gerne Subventionen abgreifen; die nach „dem Staat“ rufen, wenn sie eine Bruchlandung machen; die Produktionen ins billige Ausland verlagern, deren Auslandstöchter Verlust machen, damit die Inlandsbilanzen nicht zu glänzend sind, die sich von hochbezahlten Steuerberatern arm rechnen lassen, damit sie kaum noch Steuern zahlen müssen; die sich jeder Sozialität konsequent entziehen, also im engsten Sinne des Wortes asozial sind, deren Topmanager aber in Deutschland ganz selbstverständlich Straßen, Verkehrsmittel, Kindergärten, Schulen, Universitäten und jede Art von Infrastruktur nutzen, bezahlt von „normalen“ Steuerzahlern, also auch von ihren Arbeitern und Angestellten. Und wir müssen uns wieder und wieder erzählen lassen, dass das nicht anders geht, weil das System nur so funktioniert.

Autor:

Ja, dann bleibt uns doch gestohlen mit eurem System. Was nicht einer großen, einer überwältigenden Mehrheit der Menschen dient, kann in dieser Menschenwelt keinen Platz haben. Es dreht sich alles um uns, es muss sich in einem emphatischen Sinn alles um uns drehen. Das ist keine Hybris, keine Unbescheidenheit, sondern Voraussetzung dafür, dass wir uns von allerlei mythischen, religiösen, metaphysischen Betrügereien nicht mehr von unserer Sache ablenken lassen. Es ist radikaler Humanismus. Wir müssen darauf bestehen: Wir sind die Hauptsache, und diese Menschenwelt zu einer menschen-lebenswerten Welt zu machen, das ist unser Menschenwerk. Wenn ein Markt, ein System, eine „Wirtschaft“, die nun mal so ist, wie sie ist, die Funktionsfähigkeit des Systems zum entscheidenden Kriterium erklären, dann müssen wir uns von diesem System verabschieden.

Sprecherin:

Der Kapitalismus ist nicht gerecht, will und kann es nicht sein. Kann es nicht sein wollen, muss man genauer sagen. Die ehrlichen Verteidiger der kapitalistischen Ordnung sagen das auch so und setzen hinzu: Da der Kapitalismus aber für den Wohlstand aller sorgt, ist es nicht so schlimm, wenn nicht alle gleich daran teilhaben. Wenn das aber nicht

mehr funktioniert, wird es eng. Wenn immer am Ende im wesentlichen nur noch „die da oben“ vom System profitieren, dann sagen die anderen, die immer mehr werden, irgendwann: „Tschüss, ihr da oben“.

Autor:

Bloß: Wohin gehen wir, wenn wir „Tschüss“ sagen? Vorschläge, Entwürfe, Konzepte gibt es reichlich. Sie heißen „Neuer Sozialismus“ und „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, „Äquivalenzwirtschaft“, „Pa-recon“, „Kapitalismus 3.0“ und ähnlich. Es gibt „Soziale Kapitalisten“, es gibt die Grameen Bank des Friedensnobelpreisträgers Mohammad Yunus und vergleichbare Institutionen, es gibt die Organisation „Ashoka“, die „soziale Unternehmer“ unterstützt. Und es gibt Genossenschaften und andere gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Ursprünglich gedacht als emanzipatorische Gegenentwürfe zum Industriekapitalismus. Da liegt manches im Dornröschenschlaf, das nur wachgeküsst werden müsste.

Sprecherin:

Also: Es tut sich was. Hier und da, vereinzelt, immer noch schrecklich wenig, immer noch zu wenig vernetzt, zu wenig „globalisiert“. Aber da ist Bewegung. Auch wenn es noch nicht die Weltrevolution ist. Aber zwei Dinge sind wichtig an all den schönen, manchmal auch skurrilen Versuchen, gegen den marktkapitalistischen Strom zu schwimmen: Es sind Bewegungen von unten. Es sind die Menschen, die ihre Sache in die Hand nehmen, die sich um sich selbst und ihre Mitmenschen kümmern und die vor allem nicht mehr glauben, dass große Organisationen, Parteien, Verbände diese Welt ändern können. Selbst die Milliardäre, die plötzlich ihr Herz fürs Soziale oder für die Umwelt entdeckt haben, suchen nicht den Kontakt nach oben, sondern organisieren Vernetzung nach unten. Zu Kommunen, kleinen Vereinen, lokalen Projekten.

Autor:

Und das heißt zweitens: Es geht nicht um den Staat. Es geht um die Gesellschaft. Auch hier muss sich die Denkrichtung ändern. Der Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft wird gern vergessen. Deshalb kann es bei der „Abschaffung“ des Kapitalismus auch nicht um Verstaatlichung gehen. Der Staat, dieses verkopfte Unwesen, ist kein erstrebenswerter Akteur, da haben die Wirtschaftsliberalen völlig Recht. In einem System, in dem die Richtlinien der Politik im wesentlichen von der Wirtschaft bestimmt werden, in dem eine vielfältige Lobby-macht mal listig, mal brutal, aber immer wirksam ihre Interessen durchsetzt, ist „der Staat“ nichts, worauf die Bürger sich verlassen sollten.

Sprecherin:

Gesellschaft und Staat sind zweierlei. Die Gesellschaft ist das Ganze ihrer Bürger, der Staat ist geschäftsführender Ausschuss, ist Verwalter ihrer Interessen. Sollte es sein! Diese urdemokratische, unrepublikanische Einstellung hält sich aufs sympathischste im US-amerikanischen Begriff für Regierung durch: Administration. Dass hinter dieser bescheidenen Bezeichnung ein bedrohlicher Staatsmoloch gewuchert ist, steht auf einem anderen Blatt.

Autor:

Die Gesellschaft muss sich zurückholen, was sie dem Staat abgegeben oder was der Staat sich genommen hat. Das ist vor allem die Definition dessen, was die Menschen wollen, wohin sie wollen, die Definition des Weges, auf dem das geschehen soll, die Definition der Mittel, mit denen das umgesetzt werden soll. Die staatlichen Institutionen sind dazu nicht in der Lage, es ist aber auch nicht ihre Aufgabe. Und die Parlamente und andere Institutionen der repräsentativen Demokratie haben längst jede Fähigkeit verloren, diese Aufgabe überhaupt zu denken, geschweige denn zu übernehmen.

Sprecherin:

Wir müssen uns wieder um uns selbst kümmern, das heißt auch, dass wir „die da oben“ enteignen müssen. Wichtige Entscheidungen müssen zurück nach unten, wir brauchen sehr viel mehr plebiszitäre Elemente, echte Demokratie, wirkliche Teilhabe. Entscheidungen auf unterer und mittlerer Ebene. Wie man so was organisiert, können wir zum Beispiel von funktionierenden Genossenschaften wie der Mondragón Corporación Cooperativa im spanischen Baskenland lernen. Größe ist nur dann ein Hindernis, wenn sie schlecht organisiert wird.

Autor:

Das Geschrei angesichts solcher Vorschläge ist bekannt: Alles wird nur noch komplizierter, der deutsche Föderalismus macht Politik ja schon nahezu handlungsunfähig, die EU noch mehr, und die Globalisierung bringt uns dann völlig durcheinander. Wir brauchen mehr Zentralisation, straffe Entscheidungsstrukturen, Effizienz und nicht noch mehr Differenzierung, heißt es.

Sprecherin:

Diese Klage verkennt, dass verhältnismäßig wenige Angelegenheiten großflächig geregelt werden müssen. Vor zwanzig Jahren hätte noch jeder für unmöglich gehalten, dass ein kleiner Ort im Schwarzwald ein eigenes Kraftwerk hat. Einerseits. Und andererseits glaubt auch heute

noch kaum jemand, dass ein Unternehmen wie das spanische Mondragon mit weltweit über 100.000 Mitarbeitern als Genossenschaft betrieben werden kann. Oder dass eine Bank im Besitz ihrer Kunden ist. Alles ist möglich. Man muss es nur tun.

Autor:

Es geht um eine gerechte Welt. Eine Welt, in der das Wohlergehen der Menschen an erster Stelle steht und nicht die Kapitalvermehrung. Dem Großteil der Gesellschaft ist es ziemlich schnuppe, ob das Kapital sich vermehrt oder nicht. Die meisten Menschen haben nichts davon. Nur die Kapitalbesitzer, die dann – wann? – möglicherweise nicht mehr von der Rendite leben könnten. Was für ein Schicksal! Natürlich werden die Kapitalbesitzer wie die Berserker um den Erhalt des Systems kämpfen. Aber die da unten sind mehr als die da oben.

Sprecherin:

Die freilich auch begreifen müssen, dass sie mit dieser Welt nicht mehr als Eroberer und Unterwerfer umgehen können – bei Gefahr des eigenen Untergangs. Eine lebenswerte Welt, in der die Interessen, Bedürfnisse, Wünsche, Träume der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht irgendwelche Systeme. In der jedem die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum – der nicht nur materieller Reichtum ist – ermöglicht wird. In der jeder nach seinen Fähigkeiten zu diesem Reichtum beiträgt und in der Lage ist, diese Fähigkeiten immer weiter zu entwickeln. Dazu gehört eine Wirtschaftsordnung, die diese Art Teilhabe möglich macht.

Autor:

Die gegenwärtige kann das nicht und will das nicht. Sie ist auf den Staat als „Lückenbüßer“ angewiesen. Diese Verhältnisse aufzuheben, muss das Ziel selbstbewusster Bürger sein. Wenn sie das wollen. Einigen ist das alles gleichgültig und bleibt es auch. Viele haben nur ein flaes Gefühl, bei manchen kommt allmählich die Wut hoch, bei anderen ist sie längst da, die meisten fühlen sich ohnmächtig und sind es doch nicht. Aber dass man „die da unten“ nicht ewig in Ohnmacht halten kann, wissen „die da oben“ ziemlich gut. Dieses Wissen ist unten noch nicht überall angekommen.

Sprecherin:

Aber wie wäre es mit der schlichten Überlegung, dass der Kapitalismus keinen Ewigkeitsanspruch hat? Auch wenn wir alle nichts anderes kennen, aber das heißt ja nichts. Es gibt ihn in dieser Form seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, er hatte seine Blüten, seine

Krisen, seine Weiterentwicklungen, hatte viele Möglichkeiten, seine unglaubliche Elastizität zu beweisen, und nun erstickt er an sich selbst. Er hat ausgedient, Zeit für einen Wechsel.

Autor:

Denn die Stufe, auf der die Akkumulation des Kapitals angekommen ist, könnte eine des Todes sein. Die unermessliche Steigerung des finanziellen Reichtums seit Mitte der siebziger Jahre – ein logischer Schritt in der Kapitalentwicklung – geht einher mit der Vernichtung realwirtschaftlichen Reichtums, also zu m Beispiel von Industriekapazitäten. Diese Vernichtung kann man aber nicht mehr rückgängig machen, die Entwicklung ist unumkehrbar. Mit anderen Worten: Das Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich die beständige Anhäufung und Vermehrung des Kapitals, stellt sich als schädliches Prinzip heraus. Das ist einer der Kernwidersprüche des Kapitalismus. Das System produziert seinen eigenen Untergang. Ja, sicher, das ist ihm schon oft nachgesagt worden. Aber vielleicht hat „das System“ dieses mal den Bogen überspannt. So könnte man es ja auch mal sehen.

Sprecherin:

Freilich: Die Zeiten, da selbsternannte Avantgarden den anderen sagen, was sie denken und tun müssen, sind vorbei. Wer sein Leben nicht als „Schicksal“ – von wem auch immer eingefädelt – versteht, muss es selbst ergreifen.

Zitator:

„Je länger die Ereignisse der denkenden Menschheit Zeit lassen, sich zu besinnen, und der leidenden, sich zu sammeln, umso vollendeter wird das Produkt in die Welt treten, welches die Gegenwart in ihrem Schoße trägt.“

Sprecherin:

Das schreibt Karl Marx 1843 an seinen Freund Arnold Ruge. Und in einem späteren Brief heißt es:

Zitator:

„Es wird sich dann zeigen, dass die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von dem sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen.“

Autor:

Der Weg vom Traum zum Bewusstsein ist steinig. Und vom Bewusstsein zur Tat noch mehr. Da muss vieles zusammenkommen, da müssen Menschen zusammenkommen, da muss Gegenwehr organisiert werden. Vermutlich brauchen wir noch einmal so etwas wie

eine außerparlamentarische Opposition. Nur breiter und kräftiger organisiert. Und wenn die so weit ist, dann kann es heißen „Tschüss, ihr da oben“. Wege sind denkbar, machbar. Man muss sie nur gehen, damit sie entstehen. Morgen fangen wir damit an.

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.